



Protokoll der 26. Sitzung des Einwohnerrates

vom 21. Mai 2003, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 33 Mitglieder

Entschuldigt: Marie-Therese Beeler, Hans Brodbeck, Bernhard Fröhlich, Doris Greiner, Walter Gudenrath, Pascal Porchet, Andreas Zbinden

Traktanden

Laufnummer

- | | | |
|----|---|--------|
| 1. | Bericht des Stadtrates zur Motion der SP-Fraktion betreffend Anzahl Stadträte; Änderung der Gemeindeordnung: Reduktion Anzahl Stadratsmitglieder
<i>://: In 1. Lesung zugestimmt</i> | 02/100 |
| 2. | Bericht des Stadtrates betreffend Laubiboden - Laubibergstrasse, Widmannstrasse (Teil), Baumgartenstrasse: Bau- und Strassenlinienplan; Mutation zum Strassennetzplan und zum Zonenplan Siedlung
<i>://: Genehmigt</i> | 03/131 |
| 3. | Überarbeitetes Jahresprogramm 2003 des Stadtrates
<i>://: Zur Kenntnis genommen</i> | 02/115 |
| 4. | Antwort des Stadtrates auf die Motion von Ernst Burkhardt namens der SP-Fraktion zur Wasserversorgung
<i>://: Nicht an den Stadtrat überwiesen</i> | 03/124 |
| 5. | Interpellation von Ernst Burkhardt namens der SP-Fraktion betreffend Durchführung eines Energie-Checks in den kommunalen Gebäuden der Stadt Liestal
<i>Erledigt</i> | 03/125 |
| 6. | Interpellation von Orla Oeri-Devereux namens der SP-Fraktion betreffend Manifest des Zürcher Stadtrats zur Asylpolitik
<i>Erledigt</i> | 03/128 |
| 7. | Antwort des Stadtrates auf die Motion von Bernhard Fröhlich namens der FDP-Fraktion zur Einführung der Blockzeiten
<i>://: An den Stadtrat überwiesen</i> | 03/130 |
| 8. | Bericht der Geschäftsprüfungskommission zur Änderung der Berichterstattung des Stadtrats über Liegenschaften
<i>://: Antrag GPK zugestimmt</i> | 03/136 |

9. Bericht des Stadtrates betreffend Ersatz Atemschutzfahrzeug für die Stützpunktfeuerwehr
://: Ersatz zugestimmt 03/137
10. Zwischenbericht des Stadtrates betreffend Reorganisation Soziale Dienste
Vertagt 02/79
11. Bericht des Stadtrates betreffend Genereller Entwässerungsplan (GEP)
Vertagt 03/138
12. Bericht des Stadtrates zum Postulat von Debora Keller betreffend Stedtli-Einkaufswagen
Vertagt 01/24
13. Interpellation von Marie-Therese Beeler namens der Fraktion GL/Fraumättler betreffend Engagement der Stadt Liestal für die offene Kinder- und Jugendarbeit
Vertagt 03/133
14. Motion von Daniel Schwörer namens der FDP-Fraktion für ein Informations- und ein Strategiekonzept zur Bahn 2000
Vertagt 03/134

Ratspräsidentin Debora Keller (GL/Fraumättler) begrüsst die Anwesenden zur ordentlichen Mai-Einwohnerratssitzung.

Mitteilung des Ratsbüros

- Am 25. April 2003 verstarb Emmi Greiner-Manzoni. Sie war von 1989 bis 1994 Mitglied des Einwohnerrates. Ratspräsidentin Debora Keller hat im Namen des Einwohnerrates eine Beileidkarte verfasst und an der Abdankung teilgenommen. In einer Schweigeminute gedenkt der Rat der Verstorbenen.
- Das Ratsbüro hat den Amtsbericht 2002 und die Rechnung 2001 an die GPK, bzw. an die Fiko überwiesen.
- Stadtrat und Einwohnerrat sind von den Organisatoren der Integra 03, die am 14. Juni stattfindet, angefragt worden, gemeinsam eine Kaffeestube zu betreiben. Dazu zirkuliert während der heutigen Sitzung eine Liste, in der die Ratsmitglieder sich für die Teilnahme eintragen können.
- Das Ratsbüro zeigt sich erstaunt über das Vorgehen des Stadtrates bezüglich Information zum Finanzplan. Es hätte erwartet, dass vor der Presse die Ratsmitglieder informiert worden wären. Es bedankt sich jedoch dafür, dass die Nachlieferung sehr rasch, am Tag nach der Bürositzung, erfolgte.
- Ratspräsidentin Debora Keller (GL/Fraumättler) hat per Ende des Amtsjahres 2002/2003 ihren Rücktritt aus dem Einwohnerrat erklärt. Vizepräsident Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) verliest das Rücktrittsschreiben. Die Nachfolge ist noch nicht geregelt.
- Die Einladung zum Schlussessen des Einwohnerrates nach der Juni-Sitzung liegt auf. Die Ratsmitglieder werden gebeten, sich bis zum Schluss der heutigen Sitzung an- oder abzumelden.

Mitteilungen des Stadtrates

- Stadträtin Marliese Zimmermann informiert, dass vor 125 Jahren der Feuerwehrverband Baselland in Liestal gegründet wurde, und dass dieses Jubiläum am Samstag, 24. und Sonntag, 25. Mai 2003 unter dem Namen "Feuerfest 2003" gefeiert wird. An 10 Standorten im ganzen Kanton sind Aktionen geplant. In Liestal wird unter anderem ein Weltrekordversuch für die längste Schlauchleitung, von Anwil bis Liestal (25 km), unternommen. Die detaillierten Informationen zu dem Anlass sind auf dem verteilten Flyer enthalten. Die Ratsmitglieder sind herzlich eingeladen, an dem Anlass teilzunehmen und dafür zu werben.
- Stadtrat Heiner Karrer informiert den Rat bezüglich den Abklärungen zum Nonnenbodenweg. Dort war beim Bau im Vorjahr dem Einwohnerrat ein Nachtragskredit für die Errichtung einer Stützmauer beantragt worden. Der Rat hatte danach den Stadtrat beauftragt, zu prüfen, ob beim involvierten Ingenieurbüro eine Schadenersatzforderung möglich sei. Die Abklärungen hätten ergeben, dass dies nicht der Fall sei. Der Entscheid, von Anfang an auf die Stützmauer zu verzichten, sei gemeinsam vom Stadtbauamt und dem Ingenieurbüro gefällt worden. Da die für eine genaue Abklärung nötigen Sondierschlitze fast gleich teuer geworden wären, wie das nachträglich nötige Projekt, habe man das Risiko bewusst in Kauf genommen. Beim Bau habe man dann gesehen, dass die Stützmauer doch notwendig sei. Der Stadt seien dadurch

aber keine wesentlichen Mehrkosten entstanden. Ein Belangen des Ingenieurbüros hätte keine Chancen, dies sei auch juristisch abgeklärt worden.

Als **StimmzählerIn** für die heutige Sitzung werden bestimmt:

- Luzia Kilchmann
- Paul Lüscher
- Adrian Mächler

Traktandenliste

- Es liegt eine dringliche Interpellation von Margrit Siegrist namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Ausbau Kantinenweg (Nr. 03/140) vor. Die Dringlichkeit wird von der Interpellantin wie folgt begründet: In Liestal besteht seit Jahren ein Verkehrsproblem, unter dem vor allem das Zentrum leidet. Die Verbindung Kantinenweg ist ein tragendes Element im Entwicklungsplan 95. Die Realisierung der Verbindung ist deshalb dringend und auch der Stadtrat hat dies so taxiert. Die Stadt sollte das Projekt deshalb sofort weiter bearbeiten. Über die Kostenaufteilung kann später noch mit dem Kanton verhandelt werden.
://: Der Dringlichkeit wird mit grossem Mehr zugestimmt.
- Die Beantwortung der Interpellation Nr. 03/133 wird auf die nächste Sitzung verschoben, da die Interpellantin Marie-Therese Beeler (GL/Fraumättler) heute nicht anwesend ist.

Neue persönliche Vorstösse

- Dringliche Interpellation von Margrit Siegrist namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Ausbau Kantinenweg (Nr. 03/140)
- Interpellation von Stefan Saladin betreffend Tourismusbüro in Liestal (Nr. 03/141)

Protokolle der Einwohnerratssitzungen vom 26. Februar 2003, 26. März 2003 und 9. April 2003.

- ://: Die Protokolle werden mit folgender Änderung genehmigt und verdankt:
- Protokoll der Sitzung vom 9. April 2003, Seite 649, Votum Marie-Therese Beeler sollte heissen: Marie-Therese Beeler argumentiert ebenfalls für die Ablehnung (nicht Rückweisung) der Anträge...

Bis zum Schluss der Sitzung konnten die Traktanden Nr. 10 - 14 nicht behandelt werden. Sie erscheinen auf der Traktandenliste der Sitzung vom 25. Juni 2003.

232 G.2.C. Gemeindeorganisation und Verwaltung - Vorschriften, Reglemente

1. Bericht des Stadtrates zur Motion der SP-Fraktion betreffend Anzahl Stadträte; Änderung der Gemeindeordnung: Reduktion Anzahl Stadtratsmitglieder (Nr. 02/100) – 1. Lesung.

Der Einwohnerrat hat an seiner Sitzung vom 21.08.2002 die dringliche Motion „Anzahl Stadträte und Bereiche“ (Nr. 02/100) überwiesen und den Stadtrat beauftragt, die Vorkehrungen für einen rechtskräftigen Entscheid in dieser Sache zu treffen.

Der Stadtrat schliesst sich den Überlegungen der Motionäre an.

Im Rahmen der sehr intensiven Debatten um den Finanzplan 2004-2008 hat sich der Stadtrat entschlossen, die Struktur der Verwaltung zu verändern. Strukturen und Aufgaben der Stadt Liestal werden kritisch hinterfragt, wovon auch der Stadtrat als Gremium nicht ausgenommen werden soll! Die politischen Überlegungen, die den Stadtrat gegen eine Überweisung des Vorstosses auftreten liessen, traten gegenüber diesen Argumenten in den Hintergrund.

Falls der Einwohnerrat dem stadträtlichen Antrag zustimmt, so müsste die Änderung von § 2 der Gemeindeordnung dem Souverän an einer kommunalen Volksabstimmung vom 07.09.2003 zur Beschlussfassung unterbreitet werden.

Der Antrag des Stadtrates lautet:

Dem Einwohnerrat wird die Reduktion des Stadtrates von bisher 7 auf neu 5 Mitglieder beantragt. Die Teilrevision der Gemeindeordnung der Stadt Liestal vom 22.09.2001

§ 2 Behördenorganisation, Abs. 1:

b. Stadtrat, bestehend aus 5 Mitgliedern

ist dem Souverän an der Gemeindeabstimmung vom 07.09.2003 zur Beschlussfassung zu unterbreiten.

Stadtpräsident Marc Lüthi erklärt, die Diskussion um 5 oder 7 Stadtratsmitglieder sei eine längere Geschichte. Der Stadtrat habe vor Jahren den Auftrag gehabt, eine neue Gemeindeordnung zu erstellen und habe dies im Januar 1999 eingeleitet. Der Stadtrat sei damals strikt vom Effizienzgedanken ausgegangen, habe die Reduktion von Stadtrat, Einwohnerrat und Nebenbehörden vorgeschlagen und selber diverse stadträtliche Kommissionen abgeschafft. Die GoR habe die Gemeindeordnung vorberaten und dem Einwohnerrat den Antrag gestellt, die Grösse des Einwohnerrats und der Nebenbehörden zu belassen und den Stadtrat ab 2004 auf 5 Mitglieder zu reduzieren. Der Rat sei damals mit einem aus seiner Sicht relativen Zufallsentscheid bei der Anzahl 7 geblieben. In der Zwischenzeit habe sich der Stadtrat personell verändert und seine damalige Meinung gekippt. Gegen die Überweisung der Motion habe er sich gewehrt. Danach hätten intensive Beratungen, vor allem in der Diskussion um den Finanzplan dazu geführt, der neuen Lösung zuzustimmen. In der Vorlage werde die Frage der Strukturanpassung nur vage angesprochen. Laut Verwaltungs- und Organisationsreglement sei diese Sache des Stadtrates. Erst nach Verabschiedung der heutigen Vorlage sei hier entschieden worden, den planerischen Prozess zu konzentrieren und im Jahr 2004 die Bereiche Finanzen und Zentrale Dienste zu einem Bereich zusammen zu legen. Damit erhalte man 5 Stadtrats

mitglieder und 5 Bereichsleitende mit total rund 460 Stellenprozenten. Somit seien die Aufträge und Anregungen der Motion erfüllt und er bitte den Rat um dessen Zustimmung. Diese sei wichtig im laufenden Finanzplan-Prozess.

Peter Rohrbach (SP) äussert, damit sei alles gesagt. Er freue sich über die Haltung des Stadtrates und bitte um Zustimmung.

Stefan Saladin (SVP/CVP/EVP) führt aus, viele Mitbürger seien sich darin einig, dass der Stadtrat möglichst effizient sein sollte. Personen, welche sich für solche Ämter zur Verfügung stellen, würden immer rarer. Dieser Trend sei auch in andern Gemeinden festzustellen. Es werde allgemein immer schwieriger, Personen für politische Ämter auf Gemeindeebene zu finden. Der Stadtrat habe die Reduktion selber vorgeschlagen. Es gebe kaum eine Faustregel, wieviele Mitglieder nötig seien. Die Kosten seien mit weniger Stadtratsmitgliedern günstiger und die Arbeit werde effizienter erledigt. Seine Fraktion stimme der Reduktion auf 5 Mitglieder klar zu.

Daniel Schwörer (FDP) erklärt namens seiner Fraktion ebenfalls das Einverständnis mit der Reduktion.

Franz Kaufmann (SP) votiert, bei der Kommunikation des Finanzplans sei die Reduktion des Stadtrates und der Bereiche ein wichtiger Pfeiler. In seiner Fraktion sei aber auch zur Sprache gekommen, dass über eine Reduktion des Einwohnerates geredet werden müsse. Dieser sei ein wichtiger Teil des Systems, aber man müsse trotzdem ernsthaft über dessen Reduktion diskutieren. Seine Fraktion stelle deshalb den Antrag zur Reduktion des Einwohnerrates von 40 auf 30 Mitglieder. Finanziell habe dies wohl relativ kleine Auswirkungen, jedoch eine wichtige Signalwirkung an die Bevölkerung und die Verwaltung. Von Letzterer werde immer Sparen gefordert, weshalb der Rat sich selber nicht als Tabu betrachten dürfe. Er müsse diesen Schritt machen und die Bevölkerung über diese Frage entscheiden lassen.

Daniel Schwörer (FDP) fühlt sich von dem Antrag überrumpelt, weshalb er diesem nicht zustimmen könne. Die Frage sei nicht so kurzfristig entscheidbar. Es gebe hier die Möglichkeiten, direkt eine Reduktion von 40 auf 30 zu beantragen und dem Volk zum Entscheid vorzulegen, oder den Stadtrat mit einer Motion zu beauftragen, die Klärung dieser Frage mittelfristig in die Wege zu leiten.

Stefan Saladin (SVP/CVP/EVP) erklärt, seine Fraktion habe zuerst die Meinung vertreten, dass die ganze Bandbreite der Parteien im Stadtrat vertreten sein sollte. Danach habe man aber festgestellt, dass man auch mit 5 Stadtratsmitgliedern leben könne, mit der Auflage, dass das ganze Parteienspektrum im Einwohnerrat vertreten sei. Er finde es unfair, wenn dieser nun so beschnitten werden solle. Seine Fraktion werde dem Antrag nicht zustimmen.

Adrian Mächler (FDP) findet es gut, Zeichen zu setzen. Aber die Kosten seien nicht das Hauptargument. Die grosse Arbeit werde nicht im Rat, sondern in den Kommissionen geleistet. Diese Arbeit belaste und werde mit weniger Ratsmitgliedern noch intensiver. Darunter werde die Qualität leiden. Er habe Verständnis für den Ansatz, aber wegen der Qualität stimme er im Moment nicht dafür. Längerfristig könne man die Frage eingehend diskutieren, heute komme diese aber zu überraschend.

Franz Kaufmann (SP) betont, die Frage müsse in der gleichen Abstimmung behandelt werden, um die Reduktionen gleichzeitig einzuführen. Zudem werde es von der Bevölkerung nicht verstanden, wenn der Einwohnerrat nicht bereit sei, sich dieser Diskussion zu stellen. Entscheiden werde die Bevölkerung, man dürfe die Frage nicht vorher schon abwürgen. Weiter sei er vom Argument der automatisch sinkenden Qualität bei einem kleineren Gremium nicht überzeugt.

Ratspräsidentin Debora Keller (GL/Fraumättler) erklärt, der Antrag könne durchaus heute aufgenommen und damit der stadträtliche Antrag zur Änderung der Gemeindeordnung mit "a. Einwohnerrat bestehend aus 30 Mitgliedern" erweitert werden. Die Frage sei heute und auch nochmals in der 2. Lesung im Juni diskutierbar.

Werner Spinnler (FDP) votiert, es habe viele Schritte und Überlegungen gebraucht, um zur Verkleinerung des Stadtrats von 7 auf 5 Mitglieder zu kommen. Nun habe man sich damit für mehr Effizienz in der Führung entschieden. Bei der Volksvertretung aus allen Bevölkerungsschichten sei er aber dagegen, dass diese reduziert werde.

Ernst Gebhard (GL/Fraumättler) führt aus, auch seine Fraktion wolle die beiden Fragen nicht vermischen. Es sei gut, nun den Stadtrat zu reduzieren. Eine Verkleinerung des Einwohnerrates könne man allenfalls in vier Jahren ins Auge fassen und mit diesem Zeithorizont diskutieren.

Ernst Burkhardt (SP) zeigt Verständnis für das Argument der Überrumpelung. Es gebe jedoch eine 2. Lesungen und in diesem Monat könne der nötige Denkprozess laufen. Der Antrag lasse sich heute ablehnen, könne aber bei der 2. Lesung nochmals gestellt werden. In der Zwischenzeit könne man die Frage überdenken. Er wolle dazu ermutigen, von den ersten Reflexen weg zu kommen und die Diskussion in den nächsten Wochen zu führen. Die SP-Fraktion bleibe bei ihrem Antrag.

://: Der Teilrevision der Gemeindeordnung der Stadt Liestal vom 22.09.2001

§ 2 *Behördenorganisation, Abs. 1:*

b. Stadtrat, bestehend aus 5 Mitgliedern

wird in erster Lesung einstimmig, bei 1 Enthaltung zugestimmt.

Der Zusatzantrag der SP-Fraktion zur Reduktion des Einwohnerrates von 40 auf 30 Mitglieder wird mit 23 zu 7 Stimmen, bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

233 B.1.3.1. Ortsplanung: Allgemeine Akten

2. Bericht des Stadtrates betreffend Laubiboden - Laubibergstrasse, Widmannstrasse (Teil), Baumgartenstrasse: Bau- und Strassenlinienplan; Mutation zum Strassennetzplan und zum Zonenplan Siedlung (Nr. 03/131)

Mit der vorliegenden Planung soll das Erschliessungskonzept des Laubibodens den heutigen Verhältnissen angepasst und bereinigt werden. Dadurch wird die in der bisherigen Planung vorgesehene Verbindungsstrasse von der Laubibergstrasse zur Wiedenhubstrasse aufgehoben. Bei den bestehenden Strassen werden bezüglich Strassenquerschnitt und Bauabständen klare Verhältnisse geschaffen.

Die Anträge des Stadtrates lauten:

1. Genehmigung Bau- und Strassenlinienplan Laubiboden.
2. Genehmigung Mutation zum Strassennetzplan und zum Zonenplan Siedlung Laubiboden.

Ratspräsidentin Debora Keller (GL/Fraumättler) weist darauf hin, dass bei diesem Geschäft eine Zustimmung mit 4/5 erforderlich ist. Andernfalls müsste eine 2. Lesung stattfinden.

Stadtrat Heiner Karrer erläutert, es handle sich nicht um eine planerische Vorlage, sondern um die Bereinigung einer Altlast. In der ursprünglichen Planung sei eine direkte Verbindung von der Laubiberg- zur Wiedenhubstrasse enthalten. Diese Verbindung wolle schon lange niemand mehr, sei aber planerisch noch vorhanden. Deshalb sei die aktuelle Bereinigung nötig. Diese sei lediglich eine Korrektur. Im Vorfeld habe er gehört, dass Probleme mit der Frage bestünden, was passiere, wenn in diesem Gebiet gebaut werde. In diesem Fall müsse ohnehin eine neue Planung beginnen und müssten neue Grundlagen geschaffen werden. In der heutigen Vorlage sei nichts versteckt.

Das Eintreten auf die Vorlage ist unbestritten.

Detailberatung:

Ernst Burkhardt (SP) äussert, seine Fraktion sehe keine planerische Finte in der Vorlage und unterstütze die Korrektur.

Werner Weber (SVP/CVP/EVP) taxiert die Vorlage ebenfalls als klar verständlich. Seine Fraktion werde einstimmig zustimmen.

Adrian Mächler (FDP) erklärt ebenfalls, der grösste Teil der Fraktion werde der Vorlage zustimmen. Eine Diskussionen habe sich in seiner Fraktion aber darüber ergeben, dass die Sichtenstrasse bald die Rheinstrasse Liestals werde, da dort der Verkehr immer mehr anwachse. Die Fraktionsmehrheit werde unter der Bedingung zustimmen, dass bei künftigen Neubauten nicht wiederum der Verkehr über die Sichtenstrasse abgeleitet werde.

Ernst Gebhard (GL/Fraumättler) betont, seine Fraktion stelle sich klar gegen überflüssige Strassen und stimme der Vorlage deshalb zu.

Stadtrat Heiner Karrer erklärt, im Umfeld der Geschichte und der negativen Stimmen, sei es für den Stadtrat klar, dass wenn der Ausbau oberhalb des Gymnasiums weiter gehe, dann diese Verkehrsaufgabe zu lösen sei. Er bitte aber darum, die Verhältnismässigkeit zu wahren. Die Sichtenstrasse sei belastet, offiziell aber als Sammelstrasse geplant worden. Als Wohngebiet wäre das Quartier gut erschlossen, aber mit dem Gymnasium ergebe sich die starke Mehrbelastung. Der Stadtrat wisse, dass im oberen Teil der Sichtenstrasse Aufgaben zu lösen seien. Das Anliegen von Adrian Mächler sei klar und werde vom Stadtrat geteilt.

- ://: 1. Der Bau- und Strassenlinienplan Laubiboden wird mit 30 gegen 2 Stimmen genehmigt.
2. Die Mutation zum Strassennetzplan und zum Zonenplan Siedlung Laubiboden wird mit 30 gegen 2 Stimmen genehmigt.

In der Schlussabstimmung wird dem Geschäft mit 30 gegen 2 Stimmen zugestimmt. Somit ist die 4/5-Mehrheit erreicht und keine 2. Lesung nötig.

234 B.1.1./F.3.4.3. Jahresprogramm

3. Überarbeitetes Jahresprogramm 2003 des Stadtrates (Nr. 02/115)

Der Einwohnerrat hat an seiner Sitzung vom 22.08.2001 von den Legislaturzielen der Jahre 2001 - 2004 des Stadtrates mit zehn strategischen Schwerpunkten im Sinne von bereichsübergreifenden Querschnittszielen Kenntnis genommen.

Das Schwergewicht der neuen Aktivitäten liegt in der Qualitätssteigerung in allen Bereichen. Die in den letzten Monaten veränderten Abläufe sollen weiter optimiert und vor allem auch konsequent standardisiert werden. Ein weiteres Schwergewicht wird auf die externe Kommunikation der Stadt Liestal gelegt. Aus finanziellen Gründen muss die Umsetzung jedoch etappiert erfolgen.

Im Gegensatz zu den in den Legislaturzielen erwähnten Absichten muss hingegen im Sinne einer Bündelung der personellen und finanziellen Kräfte momentan auf WoV-Projekte verzichtet werden.

Im Sinne der Diskussionen des Einwohnerrates im Zusammenhang mit dem Jahresprogramm 2002 beschränkt man sich beim Jahresprogramm 2003 auf wenige, dafür realisierbare Punkte.

Nach der einwohnerrätlichen Rückweisung des Jahresprogrammes 2003 (Vorlage Nr. 02/115) vom 20. November 2002 ist das vorliegende überarbeitete Jahresprogramm auch in Relation zum Budget 2003 gebracht worden, welches an der Einwohnerratssitzung vom 26. Februar 2003 beschlossen wurde.

Der Antrag des Stadtrates lautet:

Der Einwohnerrat nimmt vom überarbeiteten Jahresprogramm 2003 Kenntnis.

Stadtpräsident Marc Lüthi erklärt, das Jahresprogramm habe vielleicht verwirrt. Der normale Prozess sei, dass der Stadtrat den Bereichsleitenden jeweils im Frühling den Auftrag erteile, ihre Schwergewichte für das kommende Jahr auf der Basis der Legislaturziele, die vom Einwohnerrat zur Kenntnis genommen worden seien, zu setzen. Daneben würden auch noch andere Projekte aus den Bereichen einfließen. Der Stadtrat nehme dann eine erste Sichtung vor und daraus werde der Budgetprozess eingeleitet. Der Jahresplan sei also ein wichtiges Instrument im Budgetprozess. Deshalb wolle der Stadtrat auch die beiden hauptsächlich beteiligten Bereiche Zentrale Dienste und Finanzen zusammenlegen, damit die Instrumente zusammen seien. Im Budgetprozess 2003 sei ein Unterbruch entstanden, da Budgetkorrekturen nötig geworden seien und der Einwohnerrat das Jahresprogramm zurückgewiesen habe. Somit sei dieses aber nicht neu erstellt, sondern lediglich korrigiert worden. Dies wolle er namens des Stadtrates klarstellen. In den Prozessen werde künftig mit dem neuen Stadtverwalter noch besser heraus gearbeitet, was budgetwirksam sei und was nicht. Hier werde die Zukunft noch Verbesserungen bringen.

Das Eintreten auf die Vorlage ist unbestritten.

Philipp Senn (SP) äussert, Marc Lüthi habe eingehend erklärt, warum noch so vieles im überarbeiteten Jahresprogramm gleich wie in der ersten Version sei. Seine Frak

tion sei aber trotzdem enttäuscht, da damals formale Argumente im Vordergrund gestanden hätten. Die Homogenität mit dem Budget und dem Amtsbericht sei nicht gegeben. Hier habe sich nicht viel geändert und ein Teil der Fraktion fühlte sich nicht ernst genommen. Man frage sich, ob der Auftrag zu wenig klar gewesen sei. Ein Teil der Fraktion werde das Jahresprogramm nicht zur Kenntnis nehmen, dies als formeller Akt und nicht im Sinne einer Rückweisung, da eine solche nicht sinnvoll sei.

Elisabeth Weber (SVP/CVP/EVP) erklärt, ihre Fraktion werde das Jahresprogramm zur Kenntnis nehmen.

Rolf Senn (FDP) führt aus, er habe sich über den Abschnitt a auf Seite 5 gefreut. Dieser enthalte erste Ansätze in Richtung eines Programms. Auch bei der Bildung sehe er ein Programm. Diese Beispiele seien gut, danach folge der grosse Absturz. Der könne der Qualität des Berichts nicht zustimmen.

Stadtpräsident Marc Lüthi betont nochmals den integrierten Planungsprozess. Man stecke in einer Übergangsphase. Weiter seien die Ansprüche der verschiedenen Abteilungen unterschiedlich gewesen. Der Stadtrat sei bestrebt, sich permanent zu verbessern.

Detailberatung:

Bereich Finanzen:

Ernst Burkhardt (SP) äussert, an zentraler Lage des Abschnitts werde über Steuer-senkungen geredet. Diese seien absolut kein Thema, der Abschnitt hätte also weg-gelassen werden können.

Stadtpräsident Marc Lüthi betont, über die Systematik müsse man sich irgendwann einigen. Er stelle mit Bedauern fest, dass der Einwohnerrat die Legislaturziele nicht beachtet habe. Unter Punkt 10 sei darin das Ziel aufgeführt, mit den Steuern in 10 Jahren auf dem kantonalen Durchschnitt zu liegen. Deshalb sei das Ziel auch im Jahresprogramm erwähnt. Man müsse sich nun aber einigen, ob die Legislaturziele die Basis bildeten, oder nur hervorgeholt würden, wenn man Lust dazu habe.

Peter Rohrbach (SP) votiert, eine Gemeinde mit gesunden Finanzen könne Vier-jahrespläne machen, aber Liestal in der aktuellen Lage brauche eine rollende Lang-zeitplanung und eine Jahresplanung. Die Legislaturziele stünden in dieser Lage quer in der Landschaft. Aber die Systematik sei diskutierbar.

Rolf Senn (FDP) äussert, beim Bezug auf die Legislaturziele seien die Zusammen-hänge klar und nach einiger Zeit würden alle diese Systematik verstehen.

Stadtrat Heiner Karrer betont, die entsprechenden Vorlagen müssten aber von den Ratsmitgliedern gelesen werden.

Bereich Bildung:

Werner Spinnler (FDP) bezieht sich auf den Bau von fünf neuen provisorischen Schulräumen in Rotacker bis in einem Jahr und fragt an, wie der Stand der Ver-handlungen betreffend der Bezahlung dieser Provisorien sei.

Stadtrat Lukas Ott antwortet, das Elend sei, dass im August ein neues Bildungsgesetz in Kraft trete ohne Klärung, wem die Gebäude gehören. Der Entscheid stehe aus. Dies führe dazu, dass dringliche Raumbedürfnisse nicht angegangen werden könnten, da die Bezahlung nicht klar sei. Im Moment gebe es auf kantonaler Ebene keine Grundlage, zusätzliche Räume bei einem Realschulhaus zu finanzieren. Deshalb müsse man abwarten, bis der Kanton entschieden habe, wie es mit den Sekundar- und Realschulbauten weitergehe.

Bereich Sicherheit:

Werner Spinnler (FDP) fragt an, ob dies die konsequente Umsetzung des Parkplatzreglements sei, wenn aktuell in der Sichtenstrasse und der Widmannstrasse Parkfelder eingerichtet würden.

Stadtrat Heiner Karrer bejaht diese Frage und fügt an, die Parkfelder würden auch kontrolliert.

://: Der Einwohnerrat nimmt vom überarbeiteten Jahresprogramm 2003 mit 22 zu 2 Stimmen, bei 8 Enthaltungen Kenntnis.

235 W.1.1. Wasserversorgung

4. Motion von Ernst Burkhardt namens der SP-Fraktion zur Wasserversorgung (Nr. 03/124)

Stadtrat Werner Kunz äussert, die Finanzierung der Wasserversorgung in der Zukunft sei das Anliegen des Vorstosses. Deshalb habe die Motion beim Stadtrat ein offenes Ohr gefunden. Die aufgezeigte Problematik müsse angeschaut werden. Diese sei nicht Liestal-spezifisch, sondern allgemein vorhanden. Das Problem sei, dass einerseits Wassersparen propagiert werde und seit 1995 die Bezugsmengen deutlich abgenommen hätten. Die Fixkosten seien aber die gleichen geblieben. Eine Lösungsmöglichkeit seien höhere Wassergebühren. Damit würden aber die Sparer bestraft. Die Stossrichtung der Motion sei, Varianten zu finden. Es gebe tatsächlich Varianten mit einem Splitting. Die Verteuerung des Spitzenverbrauchs sei eine Möglichkeit. Eine andere sei die Einführung einer Grundgebühr pro Wohnung, welche die Kapitalabschreibung decke und darauf noch eine Verbrauchergebühr. Beispiele von neuen Systemen seien vorhanden, er könne momentan aber nicht sagen, welches das Beste sei. In den nächsten Jahren müsse jedoch vorgesorgt werden, um die Sicherheit zu gewährleisten und nicht in ein Schuldenloch zu fallen. Der Stadtrat werde die Motion entgegen nehmen.

Ernst Burkhardt (SP) dankt dem Stadtrat für seine Bereitschaft. Er spüre, dass Werner Kunz sich schon intensiv mit dem Thema befasst habe. Es gelte aber noch andere Aspekte zu beachten, z.B. den Ausfall eines Pumpwerkes, der zu Engpässen führe. Bezüglich Meteorwasser könne man die Hauseigentümer animieren, dieses im Garten und für Toilettenspülungen zu brauchen. Beim Bau neuer Pumpwerke müsse man sich auch überlegen, ob es nicht billiger wäre, dezentrale Systeme zu subventionieren. Es gelte zu erwähnen, dass beim Wasser eine ungeheure Verschwendung und eine uneffiziente Verwendung von einem hochwertigen Produkt geschehe. Man müsse hier längerfristig denken. Kurzfristig sei aber die Tarifstruktur zu ändern.

Stefan Saladin (SVP/CVP/EVP) votiert, in seiner Fraktion sei klar, dass das Lebensmittel Wasser stabil bleiben und in ausreichender Menge zur Verfügung gestellt werden müsse. Die Bevölkerung nehme weiter zu und dies bringe Mehreinnahmen für die Wasserkasse. Deshalb seien die laufenden Kosten kaum ein Problem. Der heutige Wasserpreis sei gut, müsse aber in absehbarer Zeit um 10 – 15 Rappen pro m³ erhöht werden. Betriebliche Massnahmen verursachten weitere Kosten und würden das Gegenteil bewirken. Preis und Beschaffung des Lebensmittels Wasser müsse stabil bleiben. Es sei deshalb die einstimmige Meinung seiner Fraktion, die Motion nicht zu überweisen.

Adrian Mächler (FDP) führt aus, das Wasser sei nicht das Problem. Liestal habe davon im Überfluss. Teuer sei hingegen das Abwasser. Dieser Preis führe zum Sparen. Beim Anheben des Wasserpreises werde noch mehr gespart. Bei Verwendung von Meteorwasser fliesse noch weniger Geld in die Wasserkasse. Bei einer verbraucherabhängigen Gebühr und entsprechender Infrastruktur sei eine massive Preiserhöhung nötig. Seine Fraktion vertrete die Ansicht, dass dies nicht ein Problem von Liestal sei. Sie plädiere dafür, dass der Stadtrat Vorschläge machen könne, aber dass dies nicht dringlich sei. Deshalb sei keine Motion nötig, welche die Verwaltung mit zusätzlicher Arbeit belaste. Die Fraktion werde die Überweisung ablehnen, da diese prohibitiv sei.

Franz Kaufmann (SP) erklärt, der Motionär rege an, die Tarifstruktur zu überdenken und der Stadtrat wolle den Vorstoss entgegen nehmen. Im Rat sässen aber zwei Spezialisten, die alles schon wüssten. Diese würden sehr viel vorweg nehmen. Werner Kunz habe Ideen skizziert und ausgesagt, dass ein Überdenken der Situation nötig sei. Es entstehe somit kein Schaden bei der Überweisung der Motion. Man solle diese nicht zum vornherein abwürgen.

://: Die Motion wird mit 14 gegen 19 Stimmen, nicht an den Stadtrat überwiesen.

236 H.2.1. Baukontrollen

5. Interpellation von Ernst Burkhardt namens der SP-Fraktion betreffend Durchführung von Energie-Checks in den kommunalen Gebäuden der Stadt Liestal (Nr. 03/125)

Stadtrat Heiner Karrer erklärt zu den Fragen der Interpellation, Ja wäre die kürzeste Antwort und das Thema wäre erledigt.

Betreffend dem Ventilator im Parkhaus Bücheli könne er sagen, dass dieser Fall erledigt werde. Dies sei bei den letzten Sanierungsarbeiten verpasst worden. Die Parkhaus Bücheli AG stehe finanziell aber so gut da, dass dies nachgeholt werden könne. Weiter danke er dem Interpellanten, dass dieser nicht die Form des Postulats gewählt habe. Dies sei ein Beitrag zum Sparen.

Zu den Fragen der Interpellation nimmt Stadtrat Heiner Karrer zusätzlich wie folgt Stellung:

Wie viele veraltete Ventilatoren, Klimaanlage, Beleuchtungssysteme, Pumpen, Heizanlagen gibt es in Liestal? Wo könnte man noch eine Wärmerückgewinnung einbauen? Und für unsere Stadt heute entscheidend: Wie viel würde eine Sanierung kosten?

In letzter Zeit wurden viele Liegenschaften revidiert. Man konzentrierte sich dabei stark auf Energiesparmassnahmen.

Ist der Stadtrat bereit, das interessante Angebot der Solargenossenschaft zu prüfen und die gemeindeeigenen Liegenschaften nach Energiesparmöglichkeiten überprüfen zu lassen?

Der Stadtrat wird für einzelne Liegenschaften von dem Angebot Gebrauch machen. Entsprechende Gespräche laufen bereits.

Ernst Burkhardt (SP) dankt dem Stadtrat für seine Antworten und erklärt sich davon befriedigt. Trotzdem wünscht er die Diskussion,

://: was auch bewilligt wird.

Ernst Burkhardt (SP) führt aus, er höre aus den Antworten eine Verbindlichkeit zum Anpacken heraus. Dies sei für ihn wichtig. Was er beschrieben habe sei ein Beispiel, wie Geld gespart werden könne, ohne grosse Investitionen zu tätigen. Er komme nochmals auf das Argument von Adrian Mächler zum vorhergehenden Traktandum. Man könne dieses auch auf das Thema Strom übertragen. Es gebe grundsätzlich so viel Strom, dass man nicht sparen müsste. Aber Sparen lohne sich und analog wäre es beim Wasser.

Stefan Saladin (SVP/CVP/EVP) äussert, er wolle auf die Kosten zu sprechen kommen. Es sei klar, dass bei Revisionen Energiefresser eliminiert werden müssten. Solarstrom habe Zukunft bei kleineren Anlagen in der Industrie. Mit systematischem Prüfen und Entfernen komme wiederum ein hoher Aufwand, der gut überlegt werden müsse. Es sei wichtig innovative Lösungen einzusetzen. Man dürfe aber nicht bei sämtlichen alten Bauten graben, sondern müsse bei Bedarf alte Geräte durch neue ersetzen.

Ernst Burkhardt (SP) weist darauf hin, niemand rede von Solarstrom, sondern die Genossenschaft, welche diese Dienstleistung anbiete, heiße Solarspar-genossenschaft. Hier gehe es darum, einen veralteten Ventilator durch einen neuen, intelligenten zu ersetzen, der am normalen Netz hänge.

Somit ist die Interpellation erledigt.

237 N.2.C. Niederlassung und Aufenthalt - Vorschriften, Reglemente

6. Interpellation von Orla Oeri-Devereux namens der SP-Fraktion betreffend Manifest des Zürcher Stadtrats zur Asylpolitik (Nr. 03/128)

Stadträtin Regula Gysin erklärt, generell werde die Asylpolitik vom Bund gemacht und von den Kantonen und Gemeinden vollzogen. In Wohnheim Benzbur seien zur Zeit 37 Personen untergebracht und 73 wohnten extern, seien aber an das Wohnheim angeschlossen. In Liestal könnten Asylbewerber nach drei Monaten arbeiten. Dies geschehe mehrheitlich im Gastgewerbe. Es gebe zusätzlich einen Anreiz, dass extern gewohnt werden könne mit der Familie. Das Zürcher Manifest sei die richtige Stossrichtung. Leistungen würden mit der Erwartung von Gegenleistungen verknüpft. Hier sollte auch Unterstützung durch Landsleute (Ausländervereine) kommen. Die Hilfe intern im Wohnheim laufe gut. In Liestal würden 20 % der Asylbewerber arbeiten, im Wohnheim intern in Küche und Haushalt und extern in der Privatwirtschaft. Die Schule integriere in Liestal Kinder von Asylbewerbern sehr gut, biete eine Alltagsstruktur, Integration in die jeweilige Altersgruppe und sprachliche Förderung. Immer mehr würden aber einzelne Jugendliche einreisen. Hier sei eine Begleitung, z.B. von der Integrationskommission nötig und erwünscht. Zuständig für die Asylbewerber sei das Wohnheim, nicht der Sozialdienst der Stadt. Von der Sozialhilfebehörde gebe es eine Ansprechperson für Anliegen von Asylbewerbern. Daneben existierten auch vormundschaftliche Massnahmen. Hier geschehe eine Gleichbehandlung von Asylbewerbern und der übrigen Bevölkerung.

Zu den gestellten Fragen nimmt Stadträtin Regula Gysin wie folgt Stellung:

1. Wie beurteilt der Stadtrat die "Zehn Regeln für eine Neue Schweizerische Asylpolitik" des Zürcher Stadtrats?

Die Stossrichtung keine Leistung ohne Gegenleistung und Schaffung guter Tagesstrukturen ist richtig. Der Kanton muss aber die Rahmenbedingungen schaffen. Die Gemeinden sind bei der Umsetzung beteiligt. In Baselland werden die Gemeinden nicht selber aktiv. Liestal ist aber interessiert, dass etwas geht.

2. Beabsichtigt der Stadtrat eine Stellungnahme der Öffentlichkeit zu kommunizieren?

Dies ist sehr wichtig und geschieht aktuell hier im Einwohnerrat. Weiter besteht auch die Absicht, im Mitteilungsblatt die Öffentlichkeit zu informieren. Es existieren Probleme und Ängste in der Bevölkerung, gegen die mit Informationen etwas getan werden kann.

3. Ist der Stadtrat diesbezüglich im Gespräch mit dem Kanton oder anderen Gemeinden? Wenn ja, bitten wir um Details. Wenn nicht, besteht für den Stadtrat die Möglichkeit, die Initiative zu ergreifen und Gespräche in die Wege zu leiten?

Der Stadtrat ist regelmässig im Gespräch zur Verbesserung der Möglichkeiten. Er wünschte sich die Vernetzung der Gemeinden mit den Heimen im Kanton. Der Austausch auf der Ebene des Betreuungspersonals wäre ebenfalls wichtig.

Orla Oeri-Devereux (SP) dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Fragen und zeigt sich davon befriedigt. Trotzdem wünscht sie die Diskussion,

://: was auch bewilligt wird.

Orla Oeri-Devereux (SP) führt aus, sie habe die Interpellation eingereicht, weil ihr die Abstimmung vom letzten November noch lebhaft in Erinnerung sei. Sie finde die Massnahmen des Zürcher Stadtrates sehr innovativ und gut. Diese verdienten eine breite politische Unterstützung und die politische Auseinandersetzung. Seit der Publikation des Manifests sei einiges passiert. Im Grossen Rat von Basel sei ein Vorstoss hängig und im März sei vom Regierungsrat eine Interpellation zu diesem Thema beantwortet worden. Der Regierungsrat habe das Anliegen sehr positiv aufgenommen und sei bereit, sich national dafür einzusetzen. In Baselland seien zwei Vorstösse hängig. In Zürich würden aktuell zwei Projekte mit gemeinnütziger Arbeit für Asylsuchende anlaufen. Das Ziel sei, diese auf 350 bis 500 Personen auszubauen. Weiter würden in Zürich die Beschränkung des Arbeitsverbots auf eine Minimaldauer, die Beschleunigung der Asylverfahren und die Aufnahme entsprechender Regelungen in die Gesetzgebung verlangt. Wenn so viele Vorschläge vorhanden seien, sei dies auch eine Anregung für den Stadtrat, die Liestaler Asylpolitik zu überdenken. Prüfen heisse ja noch nicht umsetzen. Es gehe mehr darum zu prüfen, ob die vorhandenen Strukturen optimal seien. Weiter brauche es weitere Anstrengungen, um die bisherige verfehlte Asylpolitik zu korrigieren.

Stadträtin Regula Gysin antwortet bezüglich Arbeitsprojekt, wenn Vorstellungen bestünden, dass ein solches in Liestal zu realisieren sei, dann sei vom Kanton ein Impuls nötig. Bei der momentanen Arbeitslosigkeit müsste sehr sorgfältig vorgegangen werden, um nicht die bestehenden Fronten zu vergrössern. Einsätze bei der Stadt dürften nicht Unternehmen konkurrenzieren. Hier sei der Kanton gefordert, um entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen und Modelle zu entwickeln.

Orla Oeri-Devereux (SP) erklärt, das Projekt in Zürich sei vom Stadtrat und nicht von Kanton initiiert worden. Das Konzept sei so erarbeitet, dass damit nicht Konkurrenz für Arbeitslose entstehe. Man dürfe nicht immer warten, bis der Kanton Projekte lanciere. Die Gemeinden müssten ebenfalls aktiv sein und Druck auf den Kanton ausüben und eine Veränderung der Situation anstreben.

Somit ist die Interpellation erledigt.

238 E.2.8.2. Schulen: Schulbetrieb, Ferien, Stundenpläne

7. Antwort des Stadtrates auf die Motion von Bernhard Fröhlich namens der FDP-Fraktion zur Einführung der Blockzeiten (Nr. 03/130)

Stadtrat Lukas Ott erklärt, der Stadtrat nehme die Motion entgegen. Er habe die Blockzeiten auf das Schuljahr 2003/2004 einführen wollen, weil er diese als gesellschaftspolitische Notwendigkeit erachte und als Investition für die Zukunft sehe. Im Rahmen des Budgets habe der Einwohnerrat dies abgelehnt. Die Motion solle nun Rahmenbedingungen schaffen, die allseits akzeptabel seien. Darin sei die Kostenneutralität angesprochen. Der Stadtrat verstehe dies so, dass er im Rahmen von Finanzplan und Budget und im Rahmen der Haushaltskonsolidierung und –sanierung die Verträglichkeit aufzeigen müsse. Er wünsche hier noch eine Ausdeutung. Er verstehe die Kostenneutralität nicht im Rahmen des Bildungsbudgets, sondern dass der Gesamthaushalt neutral sein solle. Die Verknüpfung mit Reglement und Gesetz sei weiter klar und richtig. Der Stadtrat habe eine Kommission für die Erarbeitung des Reglements gebildet. Er habe versucht, die Anliegen des Einwohnerrates zu berücksichtigen und diesen mit einzubeziehen. Deshalb seien vom Einwohnerrat Orla Oeri-Devereux und Daniel Schwörer beteiligt. Weiter weise er darauf hin, dass wenn eine Aufstellung der Kosten verlangt werde, die Vorarbeiten dazu bereits geleistet seien. Das Anliegen der Blockzeiten sei wichtig für den Stadtrat und er ermuntere den Einwohnerrat, die Motion zu überweisen.

Daniel Schwörer (FDP) dankt namens seiner Fraktion für die gute Aufnahme. Die Motion verlange Einführung der Blockzeiten und habe das Hauptanliegen Bildungspolitik und Finanzpolitik unter einen Hut zu bringen. Bildungspolitik sei notwendig und ein Gebot der Stunde. Das Anliegen der Finanzpolitik sei mit der Forderung nach Kostenneutralität zu erreichen. In Zeiten knapper Mittel müsse man Prioritäten festlegen. Die FDP-Fraktion erwarte, dass andererseits entsprechend Leistungsabbau aufgezeigt werde, der die Kostenneutralität herstelle. Dieser Leistungsabbau dürfe nicht bei der Bildung geschehen. Die umfassenden Blockzeiten seien ein Gebot der Stunde und er bitte den Rat um Zustimmung.

Franz Kaufmann (SP) betont drei Aspekte: Einerseits die Motion als Botschaft. Nach der heftigen Budgetdebatte sei offenbar eine Botschaft der FDP fällig gewesen. Die Botschaft sei angekommen und werde begrüsst. Andererseits entstehe der Eindruck einer Motion im Schafspelz. Er sei sich aber nicht sicher, ob dies sprachliche Gründe habe. Die Motion rede einfach von Blockzeiten. Daniel Schwörer rede nun aber von umfassenden Blockzeiten. Der dritte Aspekt sei der Rahmen für die Kostenneutralität. Mit der Präzisierung im Rahmen des Gesamtbudgets sei nun auch dieser ausgedeutet. Jedoch sei der Zeitpunkt für die Motion falsch. Im Juni erhalte der Rat den Finanzplan und damit werde beurteilbar, ob man sich das Anliegen leisten könne. Um diese Frage zu beantworten, müsse der Finanzplan vorliegen. Die SP-Fraktion wolle die Diskussion nicht ablehnen, aber dann führen, wenn der Finanzplan vorliege.

Peter Furrer (SVP/CVP/EVP) äussert, in seiner Fraktion stimme eine knappe Mehrheit für die Überweisung. Gründe dafür seien, dass die Blockzeiten von der Bevölkerung gewünscht würden und das Gesetz diese verlange. Eine Fraktionsminderheit stimme dagegen mit der Begründungen, der Termin sei zu früh, das Gesetz lasse

einen späteren Einföhrungstermin zu und das Bildungsreglement liege noch nicht vor. Die Umsetzung des Gesetzes mit der Verordnung sei nun zwar geregelt. Weiter seien die Kosten nicht vollstündig bekannt. Beim letzten Budget seien die Investitionen ausgeklammert worden. Wesentlich sei weiter auch, dass die Lehrerschaft nicht einheitlich dahinter stehe. Deshalb wolle man das Reglement abwarten und eine vollstündige Planung umsetzen, mit vollstündig ausgewiesenen Kosten und vollstündig ausgewiesener Kostenumlagerung.

Stefan Saladin (SVP/CVP/EVP) betont, er vertrete seine persönliche Meinung. Blockzeiten seien nicht neu, sondern schon vor Jahrzehnten dagewesen. Berufstätigkeit müsse heute aber mit der Schule, speziell mit der Unterstufe, koordiniert werden. Von den Blockzeiten betroffen seien die KindergärtnerInnen und das Lehrpersonal der Unterstufe. Leider seien heute noch nicht alle Lehrkräfte positiv dazu eingestellt. Zudem sei es einfacher, über Blockzeiten zu reden, als diese praktisch umzusetzen. Die Kostenneutralität werde nicht möglich sein. Es brauche aber die Blockzeiten. Sie seien ein gesellschaftliches Anliegen, brächten eine bessere Tagesstruktur und Kinder könnten von der Strasse aufgefangen werden. Der Unterricht bedeute eine grosse Umstellung. Jede Veränderung braucht genügend Zeit. Man müsse aber dran bleiben und die Blockzeiten kostenneutral planen und umsetzen. Er stimme für die Überweisung der Motion.

Lukas Flüeler (GL/Fraumättler) äussert die Zustimmung seiner Fraktion zur Überweisung der Motion. Man sei verwirrt über das Katz- und Mausspiel zwischen FDP und SP, wolle aber Nägel mit Köpfen machen und stimme deshalb für die Überweisung.

Peter Rohrbach (SP) erklärt, er frage sich, was der Vorstoss solle. Der Stadtrat habe die umfassenden Blockzeiten einföhren und ein ausgeglichenes Budget 2004 präsentieren wollen. Weiter habe der Stadtrat verbindlich gesagt, dass wenig oder keine Kosten bei den nötigen Umbauten entstehen würden. Das Vorhaben sei aber in der Budgetdebatte abgelehnt worden. Er sehe den Sinn nicht, nun eine Motion zu diesem Thema zu lancieren.

Stadtrat Lukas Ott dankt nochmals für die Absicht, die Einföhren der Blockzeiten nun zu realisieren. Dies sei erfreulich und der Weg zu einer Lösung. Vieles habe Peter Rohrbach in seinem Votum schon angetönt. Die Kosten der Blockzeiten seien bekannt. Zu den Investitionen habe er immer gesagt, dass lediglich eine zusätzliche Türe im Gestadeckschulhaus nötig sei und nicht mehr. Es sei klar, dass in den nächsten 10 Jahren verschiedene Sanierungen erfolgen und dann vielleicht Optimierungen mit baulichen Anpassungen vorgenommen würden. Aber jetzt seien keine Massnahmen nötig. Er hoffe, dass dies zur Kenntnis genommen werde. Bezüglich kritischer Lehrerschaft könne weiter Motivforschung betrieben werden. Aber bei der Einföhren der Blockzeiten werde der Teamaspekt gefördert und es sei ein qualitativer Gewinn, wenn mehrere Lehrer in eine Klasse sehen. Dass man hier teilweise Mühe bekunde, sei verständlich. Es ändere sich etwas und Einzelne würden sich damit schwer tun. Aber die Lehrerschaft sei nicht mehrheitlich dagegen. Zudem sei es die Volksschule und darauf müsse man letztendlich beharren. Die Schule gehöre nicht den Lehrern allein, sondern stehe in einem bildungspolitischen Umfeld. Die kritischen Faktoren würden sich rasch relativieren. Er bitte deshalb um ein beherztes Votum für die Umsetzung und die Überweisung der Motion. Der Stadtrat plane mit

diesem Faktor und die Blockzeiten seien in dem Paket, das nun finanziell geschnürt werde, enthalten. Er bitte, den Auftrag dazu an den Stadtrat zu erteilen.

Orla Oeri-Devereux (SP) zeigt sich erstaunt über einzelne vorangegangene Voten. Sie sei seit acht Jahren Mitglied der Kindergartenkommission. Hier habe sie gesehen, dass es Einzelfälle seien, die den umfassenden Blockzeiten nicht zustimmen würden. Einheitlich einer Änderung würden nie alle zustimmen. Im Laufe der heutigen Diskussion sei allerdings die Frage bei ihr aufgetaucht, ob es wirklich nötig sei, eine Motion zu einem Thema zu überweisen, das der Stadtrat ohnehin schon verfolge. Dies bedeute, Geld für etwas einzusetzen, was schon laufe. Sie frage sich, ob dies wirklich nötig sei.

://: Die Motion wird mit 31 Stimmen, bei 2 Enthaltungen an den Stadtrat überwiesen.

239 L.2.A. Liegenschaftsverwaltung - Behörden, Gremien

8. Bericht der Geschäftsprüfungskommission zur Änderung der Berichterstattung des Stadtrats über Liegenschaften (Nr. 03/136)

In den Jahren 1998 / 1999 prüfte die GPK den Liegenschaftsbereich der Stadt. Um den Aufwand einzugrenzen, konzentrierte sie sich auf 7 Objekte, die als Problemliegenschaften eingestuft wurden.

Die GPK verfasste einen Bericht (00/283) und stellte fest, dass diese Liegenschaften hohe Kosten verursachten. Sie empfahl dem Stadtrat, seine Anstrengungen zum Verkauf oder Umnutzung dieser Objekte zu verstärken. Sie beantragte, dass der Einwohnerrat alle sechs Monate mündlich über den Stand der Verkaufsverhandlungen informiert werden muss. Der Einwohnerrat hiess diesen Antrag an der Sitzung vom 23. Februar 2000 gut.

In der Folge informierte der Stadtrat regelmässig über seine Bemühungen in diesem Bereich, letztmals an der ER-Sitzung vom 26. Juni 2002. Der ER wurde informiert, dass seit 1996 Verkäufe im Umfang von CHF 16,7 Mio. erzielt und ein Investitionsvolumen von CHF 50 Mio. ausgelöst wurden. Es stellte sich die Frage, ob weitere periodische Informationen gewünscht werden oder ob diese allenfalls in längeren Zeitabständen erfolgen sollen.

Die Anträge der GPK lauten:

1. Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis vom Bericht der GPK zur Änderung der Berichterstattung über Liegenschaften durch den Stadtrat.
2. Der Stadtrat informiert künftig über verkaufte oder umgenutzte Objekte im Amtsbericht.

Kommissionspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) erklärt, gemäss Auftrag des Einwohnerrats vom Februar 2000 müsse der Stadtrat regelmässig über den Stand der Verkaufsbemühungen informieren. Dieser habe bei seiner letzten Berichterstattung der GPK auf den Weg gegeben, zu prüfen, ob diese Form noch passend sei, angesichts der Tatsache, dass nur noch wenige der Problemliegenschaften im Besitz der Stadt seien. Die GPK habe sich nun von Stadtrat Heiner Karrer informieren lassen und lege den aktuellen Stand vor. Weiter seien inzwischen verkauft und nicht im Bericht erwähnt das 2. Stockwerk der Rathausstrasse 34 und die Liegenschaft Fraumattstrasse 3, letztere mit erfreulichem Buchgewinn. In der Rechnung 2002 seien auf der Seite 106 die Buchwerte ersichtlich und auf der Seite 130 die Buchgewinne von total CHF 930'000.-. Die GPK empfehle dem Stadtrat, seine Anstrengungen fortzusetzen und stelle ihre Anträge wie im Bericht ersichtlich.

Rolf Senn (FDP) erklärt namens seiner Fraktion die einstimmige Unterstützung der Anträge. Es bestünden aber noch folgende Fragen: Bei der Liegenschaft Kanongasse 53, seien früher CHF 2,5 Mio. eingesetzt gewesen und nun lediglich noch CHF 900'000.-. Weiter bestehe Informationsbedarf über die Besitz- und Wohnverhältnisse in der Liegenschaft Seestrasse 12. Ansonsten danke man aber für den Bericht und stimme zu.

Elsbeth Meier (SP) äussert ebenfalls die Zustimmung ihrer Fraktion zu den Anträgen. Es sei sinnvoll, das Prozedere zu vereinfachen.

Elisabeth Augstburger (SVP/CVP/EVP) schliesst sich den Vorrednern namens ihrer Fraktion an. Diese nehme vom Bericht Kenntnis und es sei sinnvoll, im Amtsbericht zu informieren.

Doris Bürgin (GL/Fraumättler) äussert für ihre Fraktion die gleiche Haltung, wie die VorrednerInnen.

Stadtrat Heiner Karrer erklärt, auch der Stadtrat sei mit den Anträgen einverstanden. Es gehe hier um ein Problem, das weiter bearbeitet werden müsse, jedoch nicht zu hektisch bei der gegenwärtigen Konjunktur. Zu den Fragen von Rolf Senn könne er sagen, dass der Stadtrat in der Kanonengasse seinerzeit zwei Liegenschaften gekauft und nun eine davon verkauft habe, nämlich diejenige mit dem Turm. Die andere sei noch im Besitz der Stadt und im Moment nicht zu einem guten Preis zu veräussern. Dies erkläre den ausgewiesenen Buchwert. Bei der Liegenschaft Seestrasse 12 habe der Stadtrat eine Renovation geprüft. Diese sei aber sehr teuer und deshalb nicht sinnvoll. Auch die Möglichkeit eines Abbruchs und Neubaus sei geprüft und der Verkauf versucht worden. Man habe hier aber noch nichts erreicht. Der Stadtrat wolle die Liegenschaft nicht verschenken. Dies brauche Geduld und wahrscheinlich ein gutes konjunkturelles Umfeld. Auch bei anderen Liegenschaften werde eine Lösung gesucht. Bspw. wolle der Stadtrat bei den Liegenschaften am Obergestadeck tatsächlich versuchen ein Stadtentwicklungsprojekt in einem Zeithorizont von 3 – 5 Jahren zu realisieren und die Liegenschaften dort mit einzubeziehen.

- ://: 1. Der Einwohnerrat nimmt einstimmig Kenntnis vom Bericht der GPK zur Änderung der Berichterstattung über Liegenschaften durch den Stadtrat.
2. Der Stadtrat informiert künftig über verkaufte oder umgenutzte Objekte im Amtsbericht (einstimmige Zustimmung).

240 F.2.6.1. Geräte, Lokale, Ausrüstung und Fahrzeuge: Fahrzeuge, Motorspritzen

9. Bericht des Stadtrates betreffend Ersatz Atemschutzfahrzeug für die Stützpunktfeuerwehr (Nr. 03/137)

Der Ersatz für das im Jahre 1986 in Dienst gestellte Atemschutzfahrzeug ist gemäss Beschaffungsplan vom 16.08.1999 ursprünglich für das Jahr 2001 vorgesehen gewesen. Unter Berücksichtigung der angespannten finanziellen Situation der Stadt Liestal wurde die Ersatzbeschaffung auf das Jahr 2003 hinausgeschoben. Das sehr reparaturanfällig gewordene Fahrzeug macht nun eine Ersatzbeschaffung dringend notwendig. Die Fahrzeugbeschaffung ist im Finanzplan der Stadt Liestal von 2003 - 2007 enthalten.

Die vom Feuerwehrkommando eingesetzte Fahrzeugbeschaffungskommission hat ein auf die heutigen Bedürfnisse zugeschnittenes Pflichtenheft für das neue Atemschutzfahrzeug ausgearbeitet, entsprechende Offerten eingeholt sowie weitere Abklärungen bezüglich der Neuanschaffung und Finanzierung getroffen.

Mit Entscheid vom 21.01.2003 hat der Stadtrat dem Antrag der Stützpunktfeuerwehr Liestal für die Beschaffung eines neuen Atemschutzfahrzeuges der Firma Frech-Hoch AG in Sissach mit dem Vorbehalt zugestimmt, dass der Einwohnerrat den dafür eingestellten Betrag im Rahmen der Genehmigung des Voranschlages 2003 beschliessen wird.

Der Antrag des Stadtrates lautet:

Der Einwohnerrat stimmt der Anschaffung eines neuen Atemschutzfahrzeuges für die Stützpunktfeuerwehr Liestal zu und bewilligt den dafür notwendigen Kredit von CHF 100'000.--.

Stadträtin Marliese Zimmermann führt aus, sie habe im Rahmen der Budgetdiskussion gespürt, dass im Rat Unsicherheit betreffend der Stützpunktaufgaben bestehen. Das Stützpunktconcept sei seit 1997 in Kraft. Darin sei klar geregelt, wer welche Feuerwehr aufbieten könne. Es gebe fünf Stützpunktkreise im Kanton. Zum Kreis Liestal gehörten 24 Gemeinden, darunter auch vier aus dem Kanton Solothurn. Liestal decke ein grosses Gebiet mit sehr unterschiedlicher Topographie und breitem Einsatzspektrum (Industrie, Gewerbe, Wohngebiete, Hochhäuser, dichtes Strassennetz) ab. Die Aufgabe des Stützpunkts sei dabei, die Orts- und Betriebsfeuerwehren zu unterstützen. Dies bedeute die nötige Einsatzbereitschaft rund um die Uhr und eine angemessene Ausrüstung. Es gebe eine obligatorische Ausrüstungsliste für Stützpunkte. Dieses Material werde von der BGV mit speziellen Beiträgen subventioniert. Zudem würden sämtliche Stützpunkteinsätze verrechnet. Fahrzeuge, die im Stützpunktconcept vorgeschrieben seien, würden mit 60 %, Fahrzeuge die nicht im Stützpunktconcept enthalten seien, nur zu 20 % subventioniert. Hier würden somit Zentrumsfunktionen sauber abgegolten.

Peter Furrer (SVP/CVP/EVP) fragt an, wofür es in Liestal eine Abfüllstation für Pressluft gebe, wenn die Atemschutzfahrzeuge nicht als Stützpunktfahrzeuge taxiert würden.

Stadträtin Marliese Zimmermann antwortet, Atemschutz sei heute Standard in jeder Feuerwehr und nicht nur bei den Stützpunkten. Deshalb subventioniere die BGV Atemschutzfahrzeuge nicht als Stützpunktfahrzeuge.

Jürgen Hänggi (GL/Fraumättler) wünscht Auskunft darüber, warum die Pauschalbeträge der BGV für den Stützpunkt nicht für die Anschaffung von Fahrzeugen aufbewahrt würden.

Stadträtin Marliese Zimmermann erklärt, die Gelder seien zweckgebunden und dürften nicht so verwendet werden.

Peter Rohrbach (SP), bemerkt zum Verteilschlüssel für die Subventionen, dass hier nicht nur die Gebiete, sondern auch die Bevölkerungszahl als Schlüssel dienen könnte.

Stadträtin Marliese Zimmermann betont, auch für die Funktion als Ortsfeuerwehr erhalte Liestal Beiträge. Zudem seien von sämtlichen Einsätzen pro Jahr nur ca. 10 % auswärtige Stützpunkteinsätze. Die von Peter Rohrbach gebrachte Anregung werde wahrscheinlich bereits berücksichtigt, da in den bevölkerungsdichten Gebieten kleinere Stützpunktkreise eingeteilt seien.

Ernst Burkhardt (SP) weist darauf hin, dass verschiedene Ortsfeuerwehren in den letzten Jahren fusioniert hätten und möchte wissen, warum Liestal alleine bleibe.

Stadträtin Marliese Zimmermann antwortet, diese Frage sei immer wieder und auf verschiedenen Ebenen diskutiert worden. Die Nachbargemeinden würden aber eine Fusion ablehnen. Es mache einerseits mehr Sinn, wenn sich kleinere Gemeinden zusammen schliessen. Andererseits habe sie als Löschvorsteherin kein Interesse daran, dass Liestal noch mehr ausrücken müsse. Es seien heute schon 250 – 300 Einsätze pro Jahr zu leisten.

Zur heutigen Vorlage sei zu sagen, dass es um den Ersatz eines Atemschutzfahrzeuges aus dem Jahr 1986 gehe. Man hätte den Ersatz gerne schon vor zwei Jahren vorgenommen, da das Fahrzeug sehr reparaturanfällig geworden sei. Nun sei ein weiteres Hinauszögern nicht mehr verantwortbar. Bei dem Fahrzeug handle es sich weiter um ein normales Feuerwehrfahrzeug der Ortsfeuerwehr. Es werde aber auch für den Stützpunkt gebraucht. Man habe sechs Offerten angefragt, fünf davon erhalten und das günstigste Angebot berücksichtigt. Das Auto sei nicht ein Geschenk oder eine Belohnung für die Feuerwehr, sondern ein nötiges Werkzeug. Es sei wichtig, um die Sicherheit zu gewährleisten.

Peter Schäfer (FDP) erklärt, ein technisches Gerät, das 16 Jahre alt sei, habe in der Regel seine Altersgrenze erreicht. Die Sicherheit spiele eine entscheidende Rolle und hier gehe es um die Sicherheit der Feuerwehrleute und der Bevölkerung. Die FDP-Fraktion wolle an dieser Stelle nicht mit oberster Priorität sparen und werde der Anschaffung zustimmen.

Paul Pfaff (SVP/CVP/EVP) führt aus, auch seine Fraktion sei der Meinung, dass man hier nicht verzichten dürfe. Wenn nötige Investitionen jahrelang hinaus geschoben würden, dann würden irgendwann grosse Beträge anfallen. Die Feuerwehr sei auf moderne Geräte angewiesen, da die Anforderungen sehr hoch seien. Deshalb stimme seine Fraktion dem Geschäft zu.

Peter Rohrbach (SP) äussert, die Beschaffung sei auch in seiner Fraktion unbestritten. Er danke Marliese Zimmermann für ihre Ausführungen. Er wundere sich aber manchmal über die Finanzierung und sei deshalb froh, wenn der Stadtrat auch immer wieder prüfe, ob die Verteilschlüssel noch richtig seien. Genaues Betrachten bringe im einen oder anderen Fall noch etwas. Aber von der Sache her sei das Geschäft unbestritten.

Jürgen Hänggi (GL/Fraumättler) erklärt, auch seine Fraktion stimme der Beschaffung zu.

Werner Weber (SVP/CVP/EVP) freut sich über die positiven Echos zu dem Geschäft. Es sei zwar schade, dass eine Zusatzschleife nötig gewesen sei, aber nun habe der Rat gute Informationen erhalten. Er danke für die Zustimmung.

://: Der Einwohnerrat stimmt einstimmig der Anschaffung eines neuen Atemschutzfahrzeuges für die Stützpunktfeuerwehr Liestal zu und bewilligt den dafür notwendigen Kredit von CHF 100'000.--.

241 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

15. Dringliche Interpellation von Margrit Siegrist namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Ausbau Kantinenweg (Nr. 03/140)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Der Einwohnerrat genehmigte an der Sitzung vom Januar 2002 einen Planungskredit von Fr. 55000.-- für den Ausbau des Kantinenweges inkl. den beiden Kreuzungen Kantinenweg/Kasernenstrasse und Nonnenboden/Rosenstrasse (01/64).

Mit der geplanten zweispurigen Querverbindung zwischen Rosenstrasse und Kasernenstrasse soll eine attraktive Zu- und Wegfahrt aus den Gebieten nördlich der Ergolz zum Zentrum entstehen und eine Alternative zum Kreisverkehr rund um das Zentrum geschaffen werden.

Wie der Presse kürzlich zu entnehmen war, soll die Projektarbeit nun eingestellt werden, weil unklar ist, ob der Kanton oder die Stadt Liestal die Finanzierung des Ausbaus zu tragen hat. Die Frage, ob der Kantinenweg ins kantonale Strassennetz aufgenommen wird, soll von einer gemeinsamen Planungsgruppe geprüft werden. Resultate würden bis Mitte Jahr erwartet und könnten erst in der zweiten Jahreshälfte 2003 analysiert werden.

Der Ausbau des Kantinenwegs wird vom Stadtrat als dringend bezeichnet. Der Unterbruch in der Planung verursacht jedoch eine grosse Verzögerung und die erwartete Entlastung der Törlkreuzung und des Zentrums rückt in weite Ferne. Durch die begrenzten Platzverhältnisse sind keine grossen Varianten denkbar. Somit muss so oder so weiter geplant werden, ob der Kanton oder die Stadt die Kosten dafür übernimmt.

Wir bitten den Stadtrat, zu folgenden Fragen Stellung zu beziehen:

- 1. Wird bei den Abklärungen, ob der Kantinenweg ins kant. Strassennetz aufgenommen werden soll, auch der bereits ausgebaute Nonnenbodenweg einbezogen?*
- 2. Mit der Genehmigung eines Projektierungskredits von Fr. 900'000.-- durch den Landrat hat der Kanton die Verkehrsprobleme der Stadt Liestal als kantonale Aufgabe definiert. Auf wann können Ergebnisse der Projektarbeiten erwartet werden?*
- 3. Inwieweit hat die „Arbeitsgruppe Verkehr“ der Stadt Liestal zur Lösung dieser Probleme beigetragen?*
- 4. Ist der Stadtrat bereit, den Ausbau des Kantinenwegs, ungeachtet der Rechtslage, im Absprache mit dem Kanton, zügig weiter zu planen?*

Stadtrat Heiner Karrer erklärt, der Stadtrat habe mit der Planung und dem Bau des Kantinenweges einige Strafaufgaben gefasst. Das Geschäft sei nicht ganz einfach. Die Strasse liege heute zum grössten Teil auf dem Areal der Kaserne, also auf Kantonsgebiet. Wenn dieser eine Strasse auf Gemeindegebiet baue, dann erwarte er, dass das Land unentgeltlich zur Verfügung gestellt werde. Hier sei es umgekehrt und der Kanton finde, es gelte nicht so, Liestal müsse das Land kaufen. Die Preisvorstel

lungen seien dabei die gleichen, wie beim Areal der Dreifach-Turnhalle. Weiter existiere beim Bau von Gemeindestrassen ein Reglement, das die Kostenfrage regle. Es würden Anwänderbeiträge erhoben, in diesem Fall von der Kaserne, von Privaten und von der Stadt selber. Nach Fertigstellung werde die Strasse wahrscheinlich aber zu einer Kantonsstrasse. Auf dieser Basis seien die bisherigen Vorbereitungsarbeiten gelaufen und der Kanton habe dieses Vorgehen bisher bestätigt. Der Stadtrat sei nicht begeistert gewesen, habe die Situation aber akzeptiert. Bei einer Versammlung mit den Anwohnern im März dieses Jahres habe ein Anwänder gefragt, warum nicht der Kanton die Strasse baue, wissend, dass dann keine Anwänderbeiträge nötig seien. Der anwesende Vertreter des Tiefbauamts habe darauf geantwortet, dass der Kanton im Laufe des Jahres 2004 festlege, welche Strassen in Liestal an den Kanton übergehen sollten. Dann sei es durchaus möglich, dass der Kanton die Strasse baue. Der Anwänder sei stutzig geworden, da er in diesem Fall nichts zu bezahlen habe. Diese Aussage habe nach der Versammlung zu einer ziemlichen Ratlosigkeit geführt, da sie dem gesamten bisherigen Briefverkehr widersprochen habe. Danach habe der Stadtrat interveniert, damit die Frage nun geklärt und die Strasse rasch realisiert werden könne. Dies liege auch im Interesse des Kantons, da 2004 der Kasernenumbau fertig werde und dies die Zufahrt sei. Weil die Lage so verworren sei, finde nun am 11. Juni eine Diskussionsrunde mit Kantonsvertretern statt. Ein schriftlicher Vorschlag sei bereits erarbeitet, um möglichst rasch aus dieser Lage heraus zu kommen. Der Stadtrat wolle den Kantinenweg so rasch wie möglich, das heisst bis 2004 realisieren. Er werde sich aber nicht über den Tisch ziehen lassen. Er hoffe auf eine rasche Lösung und die Aufnahme ins Netz der Kantonsstrassen.

Zu den Fragen der Interpellation nimmt Stadtrat Heiner Karrer wie folgt Stellung:

1. Ja, der Nonnenbodenweg und der Kantinenweg bilden eine Einheit.
2. Die gebildete Arbeitsgruppe hat vor einem Monat erste Zwischenresultate vorgelegt. Der Kantinenweg spielt in allen Varianten eine Rolle. Die fertigen Ergebnisse folgen in rund einem Monat. Es ist vorgesehen, dass zwischen Kanton und Stadt bis Ende Jahr ein Entscheid bezüglich des Projekts gefällt wird.
3. Die Arbeitsgruppe Verkehr legte den bisherigen Weg fest. Am 11. Juni trifft die Gruppe angereichert wieder zusammen und der Stadtrat hofft auf eine Lösung.
4. Ungeachtet der Rechtslage wird der Stadtrat nicht weiter planen, mit dem Kanton zusammen, jedoch schon. Zudem kann es der Stadt nicht gleichgültig sein, wenn Anwänder ungerechtfertigt Beiträge zahlen müssten, nicht zuletzt weil die Stadt selber Anwänderin ist.

Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Fragen, erklärt sich von den Antworten befriedigt, wünscht aber die Diskussion,

://: was auch bewilligt wird.

Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) erklärt, die Antwort des Stadtrates überrasche sie nicht. Die Sache sei nicht einfach. Sie frage sich aber, ob man sich nicht auf Erfahrungen abstützen könne. Zudem hätte Heiner Karrer das Problem vielleicht schon früher thematisieren und die Arbeitsgruppe sich mit der Frage auseinandersetzen und eine Klärung herbei führen können. Weiter erstaune bei der Pressemitteilung die Meinung des Stadtrates, dass das Parkhaus Bücheli vorerst nicht über den Kanti

nenweg erschlossen werden solle, da vielleicht auf diesem Areal später eine Überbauung komme. Ihrer Meinung nach sei dies eine Illusion.

Stadtrat Heiner Karrer antwortet, die Arbeitsgruppe mit Vertretern des Stadtbauamtes und des kantonalen Tiefbauamtes habe keine Veranlassung gehabt, die Frage zu diskutieren, da diese nie zur Sprache gestanden habe. Seit Anfang der Neunzigerjahre sei dies so geplant und vom Kanton der Stadt schriftlich mitgeteilt worden. Das Verfahren sei durchaus üblich. Die Antwort an der erwähnten Versammlung sei sehr überraschend gewesen. Der Stadtrat sei sich plötzlich ziemlich dumm vorgekommen, dass den Landbesitzern dieses Verfahren zugemutet worden sei. Diese hatten sich bereits damit abgefunden. Er habe keine Ahnung, warum plötzlich diese Meinungsänderung zustande gekommen sei. Offensichtlich sei die Frage intern beim Kanton nicht gut abgesprochen. Jetzt müsse das Problem gelöst werden. Die Stadt habe es aber nicht "verschlampt", sondern die Ursache liege beim Kanton. Der Stadtrat wolle die Strasse und so rasch wie möglich. Er habe nicht im Geringsten ein schlechtes Gewissen, weil von Seiten der Stadt nichts falsch gemacht worden sei.

Somit ist die Interpellation erledigt.

242 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

16. Interpellation von Stefan Saladin betreffend Tourismusbüro in Liestal (Nr. 03/141)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Wir brauchen ein Tourismusbureau in Liestal!

Ein Dienstleistungsbetrieb mit tollem Angebot im Herzen von Liestal ist wichtig. Ein Kerngeschäft der Stadt, das nicht mehr erfüllt werden kann, wird hiermit abgedeckt. Der Kanton aktiviert mit dem neuen Tourismusgesetz das Baselbiet und leistet einen finanziellen Beitrag an die Tourismusbranche. Hier muss Liestal mit seinem Tourismusbureau angebunden werden und sich auch finanziell daran beteiligen.

Mit Informationen und fast alles von und über Liestal!

- *Eine touristische Leistung im Angebot der Drehscheibe mit Qualität und qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.*
- *Eine aktuelle Broschüre mit Mitteilungen, Veranstaltungen, Ausflügen und vielem mehr für Einheimische und auswärtige Leute, die Liestal gerne besuchen.*
- *Die Hauptstadt Liestal hat mit der Drehscheibe ein Herz im Zentrum für alle gefunden, für den Tourismus und nicht zuletzt auch für die Wirtschaft.*

Heutiger Zustand:

Der VVL verpflichtet sich, der Drehscheibe die nötige Dokumentation zur Auskunftserteilung zur Verfügung zu stellen.

Die Entschädigung des VVL an die Firma Drehscheibe GmbH beträgt pro Monat CHF 400.--

Fragen an den Stadtrat:

Warum hat Liestal kein Verkehrs- und Tourismusbureau?

Warum unterstützt die Stadt die Drehscheibe nicht?

Wer übernimmt die wichtige Aufgabe nach der Auflösung der Drehscheibe?

Der Interpellant verzichtet auf eine mündliche Erklärung und verweist auf seine schriftliche Eingabe.

Schluss der Sitzung: 20.30 Uhr

Für den Einwohnerrat

Die Präsidentin

Debora Keller

Der Ratsschreiber

Martin Schneider